Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Bericht aus Westdeutschland

Politische, nicht militärische Gesichtspunkte

Wenn man im Juli die Verhandlungen in Genf und im September den Besuch Adenauers in Moskau mitgemacht hat, ist einem sehr deutlich geworden, daß und auch warum, die sowjetische Einstellung zur Außenwelt sich so stark gewandelt hat.

Genf brachte für alle Beteiligten die Erkenntnis, daß das Vorhandensein der Atombombe in beiden Lagern einen Gleichgewichtszustand schafft und damit zwangsläufig vielleicht nicht den ewigen Frieden, aber doch eine Art pax atomica herbeiführt. Mit anderen Worten, die Aussicht, daß auf beiden Seiten die militärischen Kapazitäten wahrscheinlich eingefroren werden, läßt ganz neue Gesichtspunkte in den Vordergrund treten. Für Rußland bedeutet dieses plötzlich sich abzeichnende statische Moment sowohl den Verzicht auf Dynamik wie auch die Befreiung von der Sorge vor einem Angriff der westlichen Welt. Darum heißt für Moskau das Gebot der Stunde, Konsolidierung und Erhaltung des sowjetischen Imperiums in seinem derzeitigen Umfang.

Der Wunsch, den status quo zu erhalten, hat natürlich auch die sowjetische Bereitschaft, an der Wiedervereinigung Deutschlands mitzuwirken — sofern sie überhaupt je vorhanden war — arg reduziert. Denn die sogenannte DDR ist als westlicher Vorposten des sowjetischen Imperiums von allergrößter Wichtigkeit. Eine Preisgabe der DDR und ihrer kommunistischen Regierung würde nicht nur Unruhe in Polen und der Tschechoslowakei heraufbeschwören, sondern auch eine Anfechtung für alle anderen Satelliten bieten, die heute in Angst oder Loyalität an Moskau gebunden sind.

Moskau will die DDR nicht preisgeben

Alle Reden der sowjetischen Machthaber während der letzten Wochen und Monate zeigen sehr deutlich, daß sie in Zukunft mit zwei verschiedenen Deutschlands und nicht mit einem wiedervereinigten rechnen. Bundeskanzler Adenauer, der in Moskau nach der altbewährten kommunistischen Methode mit äußerstem Druck und Drohungen einerseits und drängendem Freundschaftswerben anderseits erpreßt wurde, kam schließlich zu dem Schluß, daß eine Wiedervereinigung gegen oder auch ohne die (nun der Kriegssorge ledigen) Russen nicht möglich sein werde und daß man darum die vage Chance nicht ausschlagen dürfe, es mit ihnen, also mit einer direkten Verbindung zu ihnen zu versuchen.

Die Abgeordneten des Bundestages, die diesen Entschluß bestätigen mußten, taten es einstimmig, denn sie dachten in erster Linie an die Befreiung der Kriegsgefangenen — die Opposition wohl auch daran, daß sie stets vor einer einseitigen Bindung an den Westen gewarnt hatte. Für einen vollen Erfolg aber haben nur wenige dieses Abkommen gehalten. Die Kritiker waren sogar der Meinung, es

besiegle die Zweiteilung Deutschlands, denn der deutsche Botschafter, der nach Moskau geht, ist der einzige unter all seinen Kollegen, der am Ort seines Wirkens einen zweiten Botschafter vorfinden wird, der auch Deutschland vertritt. Woraus man — so meinen jene Kritiker — schließen könne, daß die Bundesrepublik die DDR anerkenne, was aber unter allen Umständen vermieden werden muß.

Die Verhandlungen in Moskau machten also deutlich, daß die Sowjets alles daran setzen, eine Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik zu erzwingen. Unter diesen Umständen schien die Aussicht auf eine Wiedervereinigung ferner gerückt denn je. Inzwischen aber haben nun die westlichen Außenminister bei den Vorverhandlungen in New York von neuem beteuert, daß sie sich in Genf mit allem Nachdruck für die deutsche Wiedervereinigung einsetzen werden, weil es sonst keinen echten Frieden geben könne. Offenbar stellt man sich das so vor, daß das von den Russen gewünschte europäische Sicherheitssystem nur Zug um Zug mit einem Fortschritt in der Wiedervereinigung verwirklicht wird.

Deutschlands letzte Hoffnung

In dieser Verkoppelung von Sicherheit und Wiedervereinigung auf der Genfer Konferenz liegt also die letzte Hoffnung für Deutschland. Was aber, wenn die Sowjets versuchen, diesem Junktim aus dem Wege zu gehen, indem sie ihr Sicherheitsbedürfnis nicht durch ein europäisches Paktsystem, sondern durch globale Abrüstung befriedigen? Und was, wenn der Westen weich wird und nicht zu dem Junktim steht? Nicht nur die *Times* spricht in England davon, daß Vorbedingungen die Entspannung belasten, die Wiedervereinigung aber nur eine Frucht der Entspannung sein könne; und die öffentliche Meinung in Amerika ist ganz auf die Wahl konzentriert und darum sicherlich nicht sonderlich standhaft.

Wenn man sich in Deutschland am Vorabend der Genfer Konferenz fragt, was sie wohl bringen wird, so muß man zunächst die Frage stellen, welcher Weg für die Sowjetunion größere Vorteile bringt, ein Sicherheitssystem (mit deutscher Wiedervereinigung) oder ein Abrüstungsvertrag (ohne deutsche Wiedervereinigung). Das Sicherheitssystem hat für Moskau den Vorteil, daß der Westen die Satellitenregierungen — die ja Paktteilnehmer sein werden — wenigstens in gewisser Weise anerkennen muß. Ferner, daß die Ostgrenze eines wiedervereinigten Deutschlands, das ebenfalls Mitglied des Kollektivpaktes würde, von allen, auch vom Westen garantiert wird — jedenfalls bis zum Friedensvertrag, und den könnte Rußland ja bis zum Jahr 2000 herauszögern, denn niemand kann die Sowjets zwingen, einen Friedensvertrag zu schließen, wenn sie es nicht wollen.

Die Abrüstung hingegen hätte für Moskau den Vorteil, daß die DDR nicht preisgegeben, also an dem Satellitensystem nicht gerüttelt wird. Ferner, daß die Kontrollposten an allen wichtigen Punkten, deren Errichtung Eisenhower im Prinzip zugestimmt hat, den Sowjets die Möglichkeit gäben, überall, rund um die Welt, wo die USA Stützpunkte unterhalten, ihre Kontrolleure einzuschieben. Wobei sie sich der angenehmen Gewißheit hingeben können, daß ihre Unterhändler voraussichtlich sehr viel vielseitiger und erfolgreicher tätig sein werden als die westlichen im Bereich des Ostblockes. Der Nachteil für die mißtrauischen Russen allerdings bestünde darin, daß die schwer zu kontrollierende Abrüstung allein niemals eine absolute Sicherheit bieten kann.

Russische Sicherheit ohne Preis?

Natürlich sind diese beiden Möglichkeiten keine Alternative. Theoretisch könnte in Genf beides, Sicherheitspakt und Abrüstung, angenommen werden; auch gibt der Eden-Plan mit seinen entmilitarisierten Zonen die Möglichkeit zu Zwi-

schenformen; praktisch aber sieht es doch so aus, daß die Russen alles vermeiden werden, was sie nötigt, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Ob sie Erfolg haben werden in ihrem Bemühen, Sicherheit zu bekommen, ohne den geforderten Preis dafür zu bezahlen, wird allein von der Standhaftigkeit der Westmächte abhängen. Glücklicherweise ist die verklärte Vorstellung, die man mancherwärts im Westen von den Annehmlichkeiten der Koexistenz bei der letzten Konferenz in Genf gewonnen hatte, inzwischen wieder getrübt worden durch die sowjetischen Machenschaften im Nahen Osten. Sogar Frankreich ist ernsthaft verstimmt über das sowjetische Votum in der UNO.

In Deutschland ist man skeptisch. Der Strom der Flüchtlinge, welche die DDR verlassen und der immer ein zuverlässiges politisches Barometer ist, hat seit Adenauers Moskaubesuch zugenommen. Am letzten Wochenende des Monats September verließen 1900 Deutsche die DDR und meldeten sich in Westberlin.

Marion Gräfin Dönhoff

Aktuelle Sozialprobleme

IV. Herbsttagung der «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau»

Die Entwicklung und Umgestaltung unserer Gesellschaft durch die ungeheuren Fortschritte der Technik stellen uns vor soziale Probleme, deren Lösung dringlich und für die weitere Entwicklungsrichtung unserer staatlichen Gemeinschaft entscheidend ist. Deshalb stellte die *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National)* ihre diesjährige Herbsttagung im Parkhotel Gießbach am Brienzersee unter die Thematik aktueller Sozialprobleme, damit direkt anknüpfend an den Problemkreis der letztjährigen Tagung, welcher der Freiheitsproblematik der Gegenwart in Gesellschaft, Wirtschaft und Recht gewidmet war. Wiederum fanden sich über sechzig Studenten höherer Semester, junge Akademiker und Berufsleute zusammen, um während drei Tagen, an Hand interessanter Referate und in lebhaften Aussprachen, geistige Anregung und Klärung ihrer Auffassungen zu gewinnen.

Das einleitende Referat hielt der Dozent an der Handelshochschule St. Gallen, Professor Dr. *Emil Küng*, über *Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft.* Er schilderte eindrücklich die in der modernen Industriegesellschaft eingetretenen soziologischen Veränderungen, beginnend beim Zerfall der Intimgemeinschaften von Familie und Gemeinde und endend in einer allgemeinen Nivellierung und Vermassung. Mehr und mehr wird die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse, vor allem des Sicherheitsbedürfnisses, dem Staate übertragen, der denkbar schlecht geeignet ist, diese Aufgabe zu lösen. Die Staatshilfe durch Geld ist ihrer Natur nach lieblos. Es wird für Kalorien gesorgt, aber der Bedarf an Vitamin der Eingliederung in eine tragende Gemeinschaft bleibt unbefriedigt. Keine staatliche Sozialpolitik vermag den Zerfall von Bindung auszugleichen, der von der Vermassung droht. Der Prozeß der Vermassung selbst muß aufgehalten werden. Der Mensch muß nicht nur materiell als Produktionsfaktor besser gestellt werden, sondern er muß als menschlicher Faktor Anerkennung finden. Die psychologische Vorgesetztenschulung ist heute ebenso wichtig wie die Anschaffung neuer Maschinen. Es gilt, die vitalen und gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befrie-

digen und den Menschen im Betrieb in eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft als gleichberechtigtes Glied aufzunehmen. Damit wird mehr erreicht werden als jede obrigkeitliche und staatliche Ordnung je zu erreichen vermöchte. Eine wertvolle Hilfe zur Lösung dieser Aufgabe sah der Referent in der anbrechenden zweiten industriellen Revolution durch die Automatisierung der Produktionsprozesse. Durch diese Revolution, die in zehn bis zwanzig Jahren vollzogen sein dürfte, wird der Arbeiter als stumpfer Diener der Maschine ausgeschaltet und durch einen neuen Arbeitertyp ersetzt werden, der eher dem Techniker gleicht. Er wird damit vom Knecht zum Herrn der Maschine. Die Routinetätigkeit wird von mechanischen Kräften übernommen, und es entstehen neue Möglichkeiten der Lebenserfüllung durch bessere Übereinstimmung zwischen Beruf und Berufung, durch größere Produktivität und damit größere Freizeit, durch einen Abbau des Proletariates der ungelernten Arbeiter.

Diese optimistischen Aussichten wurden in der Diskussion von verschiedener Seite angezweifelt. Insbesondere wurde die Frage der durch die Automatisierung möglicherweise eintretenden Teilarbeitslosigkeit aufgeworfen. Diese Gefahr besteht, doch wird sie durch die langsame Einführung der Automatisierung und durch die ständige wirtschaftliche Expansion eingedämmt werden können. Demgegenüber ist anzunehmen, daß die kleinen und mittleren Betriebe, die sich für die Automatisierung nicht eignen, in ihrer Existenz bedroht werden. Offen bleibt ebenfalls die Frage, was mit den ungelernten Arbeitern geschehen soll, die sich für eine Umschulung nicht eignen. Auch auf die Marktwirtschaft sind schädigende Auswirkungen zu befürchten, da die automatisierten Betriebe durch ihre hohen Fixkosten stark konjunkturabhängig werden. Dies wiederum könnte der Kartellbildung zur Garantierung der Absatzstabilität Vorschub leisten. Muß so die sich anbahnende Entwicklung im ganzen als positiv bewertet werden, so löst sie doch die sozialen Probleme der modernen Industriegesellschaft nicht, sondern erleichtert nur deren Lösung, wobei aus ihr selbst wohl wiederum andere Probleme erwachsen dürften.

Den Einfluß der Technik auf die konkreten Lebensformen des Alltags untersuchte *Manfred Kuhn* in seinem Referat *Die Humanisierung der Technik als Problem der Rechtsordnung*. Er ging aus von dem ungeheuren Aufschwung des Motorfahrzeugverkehrs, des Luftverkehrs, der Verstädterung usw., der zu einer Gefährdung der Rechtsgüter, der körperlichen Integrität und der Persönlichkeitssphäre führt. Wir sind auf dem Weg zu einem Rückfall in die barbarische Rücksichtslosigkeit. Dagegen kann «de lege lata» durch eine schärfere Gerichtspraxis vorgegangen werden. Es sind aber positive Maßnahmen «de lege ferenda» nötig, um den einzelnen wirklich zu schützen. Der Referent schlug u. a. als positive Maßnahmen vor: Dezentralisierung der Besiedelung, Schaffung von Naturreservaten in der Nähe der großen Zentren, Fahrverbote, Flugzonen usw. Die Gesetzgebung müsse hier der Technik vorangehen und sie in ihren Auswirkungen auf die Persönlichkeitssphäre zu beschränken suchen. Wenn die bisherige Anarchie weitergehe, so schloß der Redner, dann werde schließlich der einzige Ausweg im Polizeistaat liegen.

Mit Nationalrat Dr. *Karl Hackhofer*, der sich zur Frage des *Ausbaus des Gesamtarbeitsvertrages* auf dem Wege des Kollektivrechtes äußerte, kam zum ersten Male an den Gießbachtagungen die Stimme einer aktiven Parlamentariers zum Wort. Der Referent ging davon aus, daß es sich als unmöglich erwiesen habe, die rechtliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses dem individuellen Arbeitsrecht vorzubehalten. Der Einbruch des Kollektivs in das Vertragsrecht führte aber gleichzeitig zur Tendenz der Flucht ins öffentliche Recht. Dieser ist entgegenzuhalten, daß auch hier das Prinzip der Subsidiarität gilt, wonach das öffentliche Recht erst dann zu Hilfe gerufen werden darf, wenn das private Recht keine Handhabe mehr zu einer wünschbaren Regelung bietet. Der Gesamtarbeitsvertrag hat sich als taugliches Instrument zur Regelung des kollektiven Arbeitsrechtes erwiesen,

ebenso seine Allgemeinverbindlicherklärung. Die Vorlage des Bundesrates will dieser Sachlage entsprechend die gesamte Gestaltung der Gesamtarbeitsverträge, mit Ausnahme der Allgemeinverbindlichkeit, privatrechtlich ordnen. Da jedoch die Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt beharren, daß die zivilrechtlichen Mittel zur Durchsetzung der aus den Gesamtarbeitsverträgen fließenden schuldrechtlichen Verpflichtungen nicht genügen, wurde es nötig, eine Lösung zu suchen, welche die Gewerkschaften als genügend erachten, und so die Flucht ins öffentliche Recht zu verhindern. Durch die von der ständerätlichen Kommission vorgenommenen Modifikationen beim Institut der Vertragsgemeinschaft ist es möglich geworden, der Vorlage nun zuzustimmen.

Auch der Zürcher Staatsrechtler Dr. *Martin Usteri* ging als Korreferent von der Erkenntnis aus, daß der Gesamtarbeitsvertrag ein fruchtbares Rechtsinstitut richtigverstandener Sozialpolitik sei. Er ist jedoch kein kollektivrechtliches Institut, das aus der korporationistischen Ideenwelt stammt. Der Gesetzgeber darf deshalb von Verfassung wegen kein Kollektivrecht einführen, wie dies durch die Kompetenz der Verbände zum Erlaß autonomer Rechtsvorschriften geschehen würde. Der Ausbau der Gesamtarbeitsverträge und ihrer Allgemeinverbindlichkeit durch das Mittel der Vertragsgemeinschaft verstößt gegen die Zuständigkeitsordnung der Bundesverfassung, gegen die Rechtsgleichheit und gegen das demokratische Rechtsprinzip. Die Erfüllung der aus den Gesamtarbeitsverträgen stammenden schuldrechtlichen Verpflichtungen kann durch entsprechende Vorkehren in den Statuten der vertragsschließenden Verbände erzwungen werden. Das Recht über das Arbeitsverhältnis ist in der modernen Gesellschaft ein Kernstück der Rechtsordnung. Wird es entgegen der Grundnorm unseres Staats-, Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, der immer größeren Freiheit des Menschen, gestaltet, dann ist ein wesentlicher Teil der Zukunftsaufgaben unseres öffentlichen Lebens mißraten gelöst. Die *Diskussion* dieser komplizierten Materie brachte schließlich eine Übereinstimmung darin, daß der privatrechtlichen Lösung unbedingt der Vorzug eingeräumt werden muß.

Maß und Grenzen der Sozialversicherung wurden in einem Referat von Generaldirektor Dr. *Ernst Röthlisberger* umrissen. Er kritisierte an der staatlichen Sozialversicherung ihre Tendenz zur Bevormundung und Kontrolle des einzelnen, zur Abschöpfung des Privateinkommens und zur Sozialisierung der Einkommensverwendung. Die Sozialversicherung führt zu einer immer stärkeren Konzentration der Macht beim Staat und bei der Verwaltung (Milliardenfonds der AHV!) und damit zur Unterminierung des freiheitlichen Staatsprinzips. Die großen Aufwendungen für die Sozialversicherung drohen, wenn man nicht Maß hält, die Wirtschaft zu ersticken. Eine gesunde Wirtschaft ist jedoch die Voraussetzung der Sozialversicherung. Gefährlich ist der Mißbrauch des Solidaritätsprinzips. So werden z. B. bei der AHV die Selbständigerwerbenden ungerecht benachteiligt. Bei der geplanten Mutterschaftsversicherung wird die Ausweitung des Solidaritätsprinzips geradezu unmoralisch durch das Versicherungsobligatorium für alle Frauen, auch der unverheirateten. Die finanziellen Möglichkeiten bilden eine entscheidende Grenze der Leistungen der Sozialversicherung. Die mangelhafte und unrichtige Orientierung der Öffentlichkeit über die finanziellen Auswirkungen neuer Zweige der Sozialversicherung muß deshalb scharf bekämpft werden. Schließlich darf immer wieder mit Recht auf die großen Versicherungsleistungen hingewiesen werden, die von der Wirtschaft selbst in Fürsorgekassen, Pensionskassen und Gruppenversicherungen usw. aufgewendet werden und die weit über das hinausgehen, was die staatliche Sozialversicherung leistet. Letztere sollte deshalb nur dort verwirklicht werden, wo die private Wirtschaft zur Leistung der Versicherung nicht mehr imstande ist.

In die Praxis der Betriebsberatung führte schließlich das Referat von Dr. *Robert Schnyder von Wartensee* unter dem Titel: *Untergebener oder Mitarbeiter?*

Entwicklungstendenzen und praktische Wege in schweizerischen Betrieben. Die Arbeit des Betriebsberaters hat aufzubauen auf der gemeinsamen Zielrichtung aller Betriebsangehörigen von oben bis unten, zur Überwindung des Klassenkampfes. Schulung des Vorgesetzten, psychologische Beurteilung und Behandlung der Mitarbeiter, Beobachtung des Menschen an der Arbeit, Förderung der Persönlichkeit, Austausch von Erfahrungen, Schaffung eines wirklichen Teamwork sind die Stufen, die zur lebendigen Betriebsgemeinschaft führen. An Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis illustrierte der Referent die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten dieser Arbeit. Sie ist nur durchführbar, wenn auf beiden Seiten, bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, eine neue Einstellung Platz greift. In diesem Zusammenhang wurde die rein negative Einstellung der Arbeitgeberseite gegenüber dem Postulat der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb bedauert. Nach einer organisatorischen Klärung der Kompetenzen könnte sich diese Mitbestimmung in dem ihr zukommenden begrenzten Rahmen für das psychologische Klima im Betrieb fruchtbar auswirken.

Bereichert durch zahlreiche Anregungen und Einsichten wußten die Teilnehmer der Herbsttagung dem Redressement National aufrichtigen Dank, daß es ihnen diese Gelegenheit geboten hatte. Es wäre zu wünschen, daß für die kommenden Tagungen in vermehrtem Maße jüngere, in der Wirtschaft tätige Männer den Kreis der Studenten ergänzen würden, damit die Realitäten der Praxis die Diskussionen stärker beeinflussen könnten. Auch eine Ausdehnung des Teilnehmerkreises auf die anderen Landesteile würde sich ohne Zweifel fruchtbar auswirken. Sicher jedoch ist, daß die Saat, die hier gestreut wurde, zum Nutzen unserer staatlichen Gemeinschaft angelegt ist, wenn sie aufgeht im verantwortungsbewußten Handeln der jungen Staatsbürger zum Wohle des Ganzen.

Rudolf A. Heimann

Die Freiheit ist zerbrechlich

Die Freiheit ist nicht natürlich und selbstverständlich, wie es Optimisten und Aufklärer glauben möchten. Wir wissen, nach den totalitären Nachtmären der ersten Jahrhunderthälfte, daß die politische Freiheit, gleichsam als Naturrecht verstanden, ein Axiom ist, eine jener unbeweisbaren sozialpsychologischen Selbstverständlichkeiten, die nicht diskutiert werden müssen, nicht eliminiert werden können. Die Freiheit ist in unseren Zeitläuften ein künstliches Gebilde, leicht verletzlich, Tag um Tag gefährdet und zu ihrer Sicherung anhaltender Anstrengung überantwortet.

In *Mailand* trafen sich kürzlich politisch dezidierte Intellektuelle — Soziologen, Nationalökonomen, Historiker und politische Schriftsteller; eine wohlsortierte Sammlung westlicher Intelligenz — um im Museo della Scienza e della Tecnica über *Die Zukunft der Freiheit* zu diskutieren. Die Teilnehmer dieses *V. Kongresses für kulturelle Freiheit,* einer Organisation, die 1950 in Berlin, vom beginnenden Koreakonflikt überschattet, gegründet worden war, kamen aus allen politischen Lagern; aber alle waren sich einig im Bewußtsein, daß die Freiheit verteidigungswert ist. Diskutiert wurden allein die Wege zu diesem Ziel.

Folgte man den vorbildlich organisierten Gesprächen, so wurde klar, daß schließlich alle Wege nach Rom führen. Einzig der gewisse Punkt, bis zu dem die freie Welt gehen darf, ohne sich selbst, ihre unterscheidende Eigenart aufzugeben — dieser gewisse Punkt ist nicht so gewiß.

Peter Wiles, der siebenunddreißigjährige, schmächtige, blasse Wirtschafts-

historiker aus Oxford, hantierte mit Statistiken und las daraus ab, daß die Sowjetunion in der industriellen Produktion dem Westen sehr bald überlegen sein wird und empfahl der westlichen Welt, die sowjetischen Rationalisierungsmethoden in der Industrie weitgehend zu übernehmen. Wiles versicherte, daß Planung die Freiheit nicht töte — die Freiheit jedoch bedrohe die unumgänglich gewordene Planung. *Colin Clark,* ein Oxforder Kollege von Wiles, etwas älter und vorsichtiger, bezweifelte demgegenüber den Wert aller sowjetischen Statistiken und zeigte sich überhaupt viel weniger optimistisch dem sowjetischen Wirtschaftswunder gegenüber.

Was Wiles so emphatisch vorgetragen hatte, mochte fast «rötlich» scheinen. Doch der Vortragende entpuppte sich später als glühender Antikommunist: Der Westen solle die Laster der Zivilisation dem russischen Bären in den Pelz setzen, Opium in den Osten einschmuggeln, aufwühlerische Sekten unterstützen und ähnliche Scherze mehr. Der junge Freiheitsfanatiker hatte den Kern dieser Diskussionen um die Freiheit getroffen. Genügt es, die freie Welt gegen den Terror zu immunisieren? Dem schwindenden Freiheitsdrang durch dosierte Staatsplanung auf die Sprünge zu helfen? Oder ist es vielmehr so, daß die Freiheit eine Conditio sine qua non der menschlichen Existenz ist, «ein Vorurteil, das in Fleisch und Blut übergegangen ist», wie es *Michael Freund* (Kiel) formuliert hatte?

In all diesen Diskussionen spielte der totalitäre Gegner die Rolle eines gewitzigten Schachspielers — und die Russen sind bekanntlich Meister des Schachspiels —, dem Zug um Zug pariert werden muß. Die Darstellung der Probleme des totalen Staates nahm deshalb einen großen Raum ein. *Hannah Arendt* (New York) unterschied dabei sehr treffend die autoritären Staatsformen von den totalitären: Die ersteren sind an Gesetze gebunden, pyramidisch aufgebaute Parteiregierungen. Die letzteren sind «Bewegungen», deren Führer darauf bedacht sein müssen, die «Bewegung» in Gang zu halten. Sehr pointiert hatte auch *Franz Böhm* (Frankfurt) die Dialektik der freien zur totalitären Welt aufgedeckt. «Wer Freiheit will, muß wünschen, daß die totalitären Diktaturen verschwinden». Eine innere Umwandlung ist nicht zu erwarten. Der beste Schutz ist deshalb eine «Entdramatisierung der Außenpolitik» und anderseits eine rasche Bewältigung der sozialen Frage mit freiheitlichen Mitteln.

Diese These Franz Böhms — daß die Überwindung des Totalitarismus zunächst ein innerpolitisches Problem ist — lenkte den Blick auf die parlamentarische Demokratie, setzte unser eigenes Haus der Kritik aus. *Czeslaw Milosz,* der polnische Schriftsteller, fand, daß wir alle, auch ohne Verordnungen, ohne Restriktionen, im Bauch des sozialen Tieres sitzen. Planwirtschaftler und Liberale der alten, konservativen Schule, stritten um Sinn und Unsinn der jeweiligen Gegenposition. *Hugh Gaitskell* empfahl, um die Wellen zu glätten, eine strikte Trennung der wirtschaftlichen von der politischen Freiheit. Der englische Wohlfahrtsstaat habe keineswegs die politische Freiheit angetastet, meinte der ehemalige Schatzkanzler der britischen Labourregierung. *Libero Lenti* (Pavia) unterstützte indirekt diesen Gedanken einer Unabhängigkeit einer politischen Struktur von der Wirtschaftsordnung, als er nachwies, daß sich die Produktionsformen der Kollektivwirtschaften denen der Individualwirtschaften annähern, wobei, wenn der freie Marktmechanismus fehlt, Mechanismen ähnlicher Art sukzessive zwischengeschaltet werden, um den Wettbewerb künstlich anzustacheln. Und *Raymond Aron* (Paris) hatte in seinem Einführungsvortrag von einer Entwertung der gegensätzlichen Wirtschaftsideologien gesprochen. Der springende Punkt sei nicht mehr Marktwirtschaft oder Sozialismus, sondern die politische Freiheit.

Insgesamt konnte man ein Ausschlagen des Pendels zur liberalistischen Seite hin bemerken, oder, im Sinne von *J. K. Gailbraith* (Cambridge) gesagt, einen Abbau überforderter allgemeiner Gesetze und Richtschnüre zugunsten der individuellen Lösung für den individuellen Fall.

Unter der Haut der parlamentarischen Demokratie lauern die Gefahren für die Freiheit — in der industriellen Gesellschaft. Der Massenmensch wurde während der Mailänder Tagung mehrfach aufs Sünderbänkchen gesetzt. *Karl Bednarik* (Wien) verteidigte ihn von hinten herum, eigenwillig und etwas zu geistreich: Die Konsum- und Vergnügungsindustrie schützt die freie Gesellschaft vor politischen Umstürzen! Durch die Kulturindustrie würden eventuelle politische Revolten paralysiert. Dieser Gedanke mußte intensive Zweifel zurücklassen, und nicht weniger der Zynismus, mit dem Bednarik folgert, daß «wir mit den persönlichkeitszerstörenden Circenses die politische Freiheit bezahlen».

Friedrick Hayek (Chicago) und *André Philip* (Saar) drehten diese taschenspielerische Medaille um, zeigten ihre Kehrseite: Bei der Jugend, bei der Arbeiterjugend vor allem, hat sich ein erschreckender Gleichmut gegenüber dem kostbaren Gut der Freiheit breitgemacht, eine «Freiheitsabstinenz». Es ist das Wissen verlorengegangen, daß die Freiheit das Resultat einer dauernden Anstrengung ist. Daß es eine Kunst ist, frei zu bleiben.

Die Flut steigt also auch von innen her. Wo sind Reserven? Wo sind Dünen gegen die deklarierte Flut? Natürliche Dünen und keine Sandsackbastionen? *George F. Kennan,* früher Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, jetzt Privatdozent in Princeton, hielt eines der ausgewogensten Referate. Frei ist für diesen Diplomaten alter Schule, wer Bedingungen anerkennt, so daß die Erhaltung der Freiheit zunächst ein moralisches und soziales Problem ist und erst in zweiter Hinsicht ein politisches. Voraussetzung dafür ist, daß die Differenzierungen und Pluralitäten in der Struktur der Gesellschaft erhalten und gepflegt, daß sie nicht nivelliert werden. Alles was standardisiert, ist ein Feind der Freiheit. Um die Freiheit zu wahren, muß man den Mut haben, Differenzierungen und Unterschiede anzuerkennen und mit ihnen zu rechnen.

Es ist schwierig, in desintegrierten Gesellschaften die Freiheit zu wahren, dort, wo Traditionen durch eine Einheitszivilisation ausgehöhlt werden. Anderseits setzt die Freiheit eine gewisse Portion Tradition voraus. Zwischen dieser Skylla und dieser Charybdis steuerten in Mailand die zahlreichen afrikanischen und asiatischen Delegierten hindurch. Der erwachende farbige Nationalismus wurde von Weiß und Farbig fast einstimmig als ein Schritt auf dem Wege zur nationalen Eigenständigkeit und Selbstachtung, kurzum, als an der Zeit akzeptiert. Die farbigen Delegierten bemängelten jedoch durchwegs das geringe Verständnis für ihre Probleme und die absichtsvolle, etwas unaufrichtige Hilfe auf der westlichen Seite.

Die gelben und schwarzen Gäste sprachen nicht selten in Konditionalsätzen. Sie wußten sich selbst als Zünglein an der Waage. Man konnte ein unangenehmes, unterschwelliges Grollen heraushören: wenn der Westen zu einer selbstlosen Hilfe nicht bereit ist, dann ergreifen wir die dargereichte Hand der Kommunisten. Bandung und die dortige Konferenz der asiatischen Länder wurden oft zitiert, jeweils mit einem Anflug von Stolz und gewonnenem Selbstbewußtsein. Asien hat seine eigene Sprache gefunden. In Mailand hörten seine Abgesandten noch zu. Oder sie warnten eindringlich. Oder sie lächelten. Aber sie wogen die westliche Freiheit aus.

Mancher Kongreßteilnehmer empfand diesen Zwiespalt — Freiheit aus dem Humus einer humanistischen Tradition und Freiheit als ein Recht, auf das man pocht — als das dramatischste Moment der Mailänder Tagung. Auch hier zeigte sich eine Uneinigkeit über den gewissen Punkt, bis zu dem man gehen kann. Daß über diesen Punkt diskutiert wurde, daß politische Gegner in ein intellektuelles Gespräch kamen, war allein schon ein Erfolg.

Alfred Schüler

Militärische Umschau

Wo werden die Atombomben fallen?

Man muß zwischen «taktischen» und «strategischen» Atombomben unterscheiden. Die «taktischen» Atomgeschosse, die entweder in Form von Granaten aus Atomkanonen verfeuert werden, oder in Form von Bomben von Jagdbombern abgeworfen werden können, oder an Stelle normaler Sprengstoffe die Sprengladung «taktischer» Fernlenkgeschosse bilden, sind heute ohne Zweifel in großer Zahl bei den maßgebenden Militärmächten vorhanden. Mit ihrem Einsatz ist daher in Zukunft bei allen kriegerischen Auseinandersetzungen zu rechnen, auch wenn es sich dabei um lokale, begrenzte Kriegsherde handelt. Wenn auch ihre Wirkung diejenige der bisher üblichen Artilleriegeschosse und Fliegerbomben um ein Vielfaches übertrifft, sind sie dennoch keine Waffen, die *allein* eine kriegsentscheidende Bedeutung besitzen.

Anders liegen dagegen die Verhältnisse bei den «strategischen» Atomwaffen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Atomwaffen handelt, die auf dem Prinzip der Kernspaltung beruhen, wie die Uran- bzw. Plutonium-Bomben (A-Bomben), oder auf demjenigen der Kernvereinigung, wie die Wasserstoff- bzw. Lithium-Bomben (H-Bomben). Diese «strategischen» Atomwaffen besitzen eine unerhörte Sprengwirkung, die bei den größten bisher bekannten Kernspaltungsbomben der Sprengwirkung von 120 000 bis 150 000 Tonnen (120 bis 150 Kilotonnen) TNT (Trinitrotoluol), bei den neuesten Kernvereinigungsbomben 15—45 Mio Tonnen (15 bis 45 Megatonnen (TNT) entspricht. Selbst die USA und die Sowjetunion verfügen nur über eine recht beschränkte Zahl dieser Bomben. Wenn auch damit gerechnet werden muß, daß deren Bestand laufend vergrößert wird und sich nunmehr auch Großbritannien zur Herstellung von Kernvereinigungsbomben entschlossen hat, erfordert dennoch deren Fabrikation geraume Zeit und außerordentliche finanzielle Mittel, so daß für einen Einsatz nur eine verhältnismäßig kleine Zahl zur Verfügung stehen wird. Von dem richtigen Einsatz dieser «strategischen» Atomwaffen wird in einem zukünftigen Krieg die *Entscheidung* abhängen, und daher wird jede kriegführende Macht bestrebt sein, sie nur dort einzusetzen, wo die größte Wirkung zu erwarten ist. Wir erwähnen daher in dieser Abhandlung die «taktischen» Atomwaffen nur am Rande und untersuchen, wo mit dem Einsatz «strategischer» Atombomben gerechnet werden muß.

Als Träger dieser Atomwaffen kommen zur Zeit noch in erster Linie mittlere oder schwere Düsenbomber in Betracht und von Schiffen oder U-Booten aus abgefeuerte Fernlenkgeschosse. Will man die strategische Weltlage betrachten, so sollte man wissen, welche Ziele den Einsatz dieser Waffen lohnen und wo dieselben liegen. Da zweifellos das Bombenflugzeug als Träger dieser «strategischen» Atomwaffen auch in der nächsten Zukunft noch die größte Rolle spielt, ist die Kenntnis der luftstrategischen Lage von größter Bedeutung. Um diese zu erlangen, muß man sich von dem gewohnten Kartenbild, das in Merkatorprojektion gezeichnet ist, freimachen und eine Karte zur Hand nehmen, die in Azimutalprojektion mit dem Nordpol als Mittelpunkt dargestellt ist, oder noch besser einen Globus betrachten.

Sollte ein dritter Weltkrieg ausbrechen, was hoffentlich nicht der Fall sein wird, so würde sich dieser zwischen Ostblock und Westmächten abspielen, wobei die Sowjetunion und die USA über das größte und wichtigste Kriegspotential verfügen.

Ein Blick auf den Globus oder auf eine Karte in Azimutalprojektion mit dem Nordpol als Mittelpunkt (siehe Skizze) zeigt, daß das gesamte Gebiet des

Kartenskizze. Die nördliche Erdhalbkugel in «Azimutalprojektion» mit dem Nordpol als Mittelpunkt. ——— = Netz der Flugstützpunkte der Westmächte um den Ostblock (Archiv Feuchter)

Ostblocks von einer Kette von Flugstützpunkten der Westmächte ringförmig umgeben ist, von denen aus schon mit den heute vorhandenen mittleren und schweren Langstreckenbombern jeder Punkt der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks zu erreichen ist. Dieser Ring von Flugstützpunkten bietet den unschätzbaren Vorteil, daß die Bomber, nach Angriffen auf weit vom Einsatzhafen entfernten Zielen, zum nächstgelegenen Stützpunkt durchfliegen können. Der Kreml hat diese Gefahr klar erkannt. Seine Bestrebungen gehen dahin, diesen durch Vertragssysteme gebildeten Ring mit politischen Maßnahmen zu sprengen. Der Blick auf die Karte zeigt weiterhin, daß das *Polargebiet um den Nordpol* eine besondere Bedeutung erlangt hat, weil über dieses Gebiet die kürzesten Verbindungslinien zwischen den USA und Kanada einerseits und Rußland andererseits führen [1]).

[1]) Vgl. A. L. Ratcliffe, Die strategische Bedeutung der Arktis. «Schweizer Monatshefte», Mai 1955.

Für die Landkriegführung bestand bisher der große Vorteil der Sowjetunion in ihrer zentralen Lage, weil sie auf der inneren Linie operieren konnte. Vom luftstrategischen Standpunkt aus betrachtet ist jedoch diese zentrale Lage ein großer Nachteil, denn die Flugzeuge des Ostblocks müssen stets wieder in das Gebiet des Ostblocks zurückkehren. Nun liegen aber die wichtigsten Industriegebiete der USA und selbst diejenigen Kanadas auch von den nördlichsten Flughäfen Rußlands so weit entfernt, daß sie in den weitaus meisten Fällen nur dann erreicht werden können, wenn die russischen Bomber auf einen Rückflug verzichten und damit aufgeopfert werden müssen.

Der Einsatz «strategischer» Atomwaffen muß und wird sich in erster Linie auf solche Ziele richten, deren Vernichtung von kriegsentscheidender Bedeutung sein wird. Der zweite Weltkrieg hat bei den strategischen Bombenangriffen auf Deutschland einwandfrei erwiesen, daß die empfindlichsten Punkte des Kriegspotentials das *Verkehrsnetz* und die Stätten der *Betriebsstofferzeugung* waren, während Angriffe auf Städte bei weitem nicht die erwartete Panik und damit die Brechung des Widerstandswillens der Bevölkerung hervorriefen, wie man vor Kriegsbeginn geglaubt hatte. Es ist daher anzunehmen, daß man auf beiden Seiten die wertvollen «strategischen» Atombomben nicht dazu verschwenden wird, mit Panikangriffen auf Städte moralische Effekte zu erzielen, sondern daß man sie nur gegen Ziele einsetzt, deren Vernichtung kriegsentscheidend ist. Darunter sind neben den genannten Zielen vor allem auch solche zu verstehen, deren Zerstörung weitere Engpässe des gegnerischen Kriegspotentials erfaßt und solche, in denen Kriegsmaterial hergestellt wird, das zur Weiterführung des Krieges unerläßlich ist.

Gegenüber den dichtbesiedelten Westmächten mit ihren vielen Großstädten erscheint auf den ersten Blick das russische Gebiet, das mit 22 Mio km² etwa die dreifache Ausdehnung der USA besitzt, gegen Atombombenangriffe wesentlich weniger empfindlich zu sein. Dieser Schein trügt jedoch, denn das Kriegspotential des Ostblocks weist verschiedene recht empfindliche Engpässe auf. Sodann bilden die wichtigsten Industriezentren Rußlands verhältnismäßig wenige festumrissene Gebiete, die gegen Luftangriffe mit Atomwaffen sehr empfindlich sind und durchwegs im Flugbereich der Bomber der Westmächte liegen.

Die wichtigsten Engpässe des Ostblocks sind die Ölproduktion, das Verkehrsnetz und das gesamte Transportwesen. Abgesehen von den rumänischen Ölquellen in Ploesti liegen die ergiebigsten Ölgebiete im Gebiet von Baku, Batum, Kujbyschew und auf der Insel Sachalin. Sachalin ist von Japan aus leicht zu erreichen, die genannten Ölquellen liegen nur wenige Flugstunden von den Flugstützpunkten der Westmächte in Nordafrika und in der Türkei entfernt.

Das russische Verkehrsnetz besitzt seine größte Dichte westlich des Urals, wobei Moskau eine Verkehrsspinne von höchster Luftempfindlichkeit und zugleich den Mittelpunkt eines wichtigen Industriezentrums bildet. Wenn auch die Bahnlinien nach Sibirien weiterhin ausgebaut sind, teilweise sogar vier- bis sechsgleisig, so handelt es sich dennoch nur um einige wenige Linien, die durch Luftangriffe dauernd gestört und jeweils auf längere Zeit unbenutzbar gemacht werden können. Die großzügig ausgebauten russischen Wasserstraßen haben den empfindlichen Nachteil, daß sie alle in nordsüdlicher Richtung verlaufen, während wirtschaftliche und strategische Gesichtspunkte eine ostwestliche Richtung der Verkehrswege erfordern.

Die in das östliche Gebiet Rußlands verlagerte Kriegsindustrie ist hauptsächlich in vier Industriegebieten untergebracht. Das erste und größte befindet sich am Ostrand des Urals, im Raum von Molotow, Solikamsk, Swerdlowsk und Magnitogorsk und ist sowohl von Flugstützpunkten in der Türkei und dem Irak als auch von Thule auf Nordgrönland aus über das nördliche Polargebiet leicht zu erreichen. Das zweite Industriegebiet liegt im Raum von Nowossibirsk, Stalinsk und Barnaul, das dritte um Wladiwostok und das vierte um Komsomolsk, wo-

bei die beiden letzteren von Stützpunkten in Japan und Südkorea aus gefährlich bedroht sind. Alle diese neuen Industriegebiete besitzen überdies noch den Nachteil, daß die dortige Produktion vom einwandfreien Funktionieren der Verkehrswege abhängig ist, weil wichtige Grundstoffe, wie u. a. Kohle, von weither zugeführt werden müssen. Vierzig Prozent der russischen Kohle werden immer noch im Donez-Revier gefördert, das durch Luftangriffe besonders gefährdet ist, weil es von Flugstützpunkten in der Türkei aus in kürzester Zeit zu erreichen ist. Die Gebiete, in denen das für die Herstellung der Kernspaltungsbomben unerläßliche Uran gewonnen wird, liegen im Raum südlich Murmansk und im Raum von Taschkent, sowie um den Baikalsee, und somit ebenfalls im Bereich westlicher Bomber. Die Angriffe der Westmächte auf den Ostblock mit «strategischen» Atomwaffen werden sich daher in erster Linie auf die genannten Ziele richten.

In den USA liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger. Die Industriegebiete in den Räumen von Detroit, Chicago, Pittsburg, Buffalo, St. Louis, Wichita usw. sind von Rußland aus auch bei einem Flug über den Nordpol nicht zu erreichen, wenn die feindlichen Bomber wieder in das Gebiet des Ostblocks zurückfliegen sollen. Aber auch wenn der Ostblock auf den Rückflug verzichtet und seine Flugzeuge aufopfert, womit unbedingt gerechnet werden muß, bieten sich große Schwierigkeiten, weil ein Flug zu diesen Zielen über weite Strecken kanadischen Gebietes und über ein dreifaches Radar-Warnnetz führt, so daß eine rechtzeitige Warnung und die rechtzeitige Einleitung von Verteidigungsmaßnahmen erfolgen können. Außerdem ist die Industrie der USA nicht, wie diejenige Rußlands, auf verhältnismäßig wenige Gebiete konzentriert, sondern nahezu über das gesamte Land verteilt. Auch die Ölquellen sind über viele Staaten zerstreut und liegen, abgesehen von den kalifornischen, heute noch praktisch außerhalb des Flugbereiches russischer Bomber. Dagegen bildet die Tatsache, daß wichtige Industriebezirke und Städte wie New York, New Orleans, Los Angeles und San Francisco, an den Küsten oder nahe den Küsten liegen, eine große Schwäche der strategischen Lage der USA. Diese Industriezentren und Städte sind weniger durch Luftangriffe als durch Fernlenkgeschosse gefährdet, die »strategische» Atombomben als Sprengladung besitzen und von U-Booten aus abgefeuert werden können. Ohne Zweifel trägt die außerordentlich starke U-Bootrüstung Moskaus dieser Schwäche der USA Rechnung und daher bietet die rechtzeitige Erkennung und Bekämpfung von U-Booten für die USA ein Problem, das im Atomkrieg genau so wichtig ist wie die Abwehr von Fliegerangriffen [2]). Anderseits besitzen jedoch die USA ein ausgezeichnetes und dichtes Eisenbahn- und Straßennetz, das nicht durch einige wenige Atombombenangriffe auszuschalten, ja nicht einmal ernstlich auf die Dauer zu stören ist, so daß es für die USA keine besonderen Schwierigkeiten bereiten dürfte, wichtige Industriezweige im Kriegsfall aus den gefährdeten Räumen nahe der Küste in das Innere ihres weiten Gebietes zu verlagern.

Fragt man nach dem Schwerpunkt der Kriegführung mit strategischen Atomwaffen, so muß man sich darüber klar sein, daß die genannten Ziele des Atlantik und des Pazifik ein Hauptobjekt bilden werden.

Wie sehen nun die Verhältnisse bei den anderen wichtigsten Staaten der beiden Mächtegruppen aus? Das kommunistische China ist zur Zeit noch als Produktionsstätte von Kriegsmaterial kaum von Bedeutung, und es wird noch geraume Zeit vergehen, bis sich dort eine für das Kriegspotential des Ostblocks einigermaßen einflußreiche Kriegsindustrie entwickelt hat. Hinsichtlich Kriegsmaterial ist Rotchina auch für die weitere Zukunft auf die Lieferung der russischen Kriegsindustrie angewiesen. Für Europa gelten besondere Verhältnisse. Wenn es der Ostblock zu

---

[2]) Ad russische U-Boote vgl. Angaben von Admiral Wright, NZZ, 11. 10. 55, Nr. 2685, ferner NZZ, 12. 10. 55, Nr. 2688, «Die sowjetrussische Unterseebootswaffe».

einem kriegerischen Konflikt mit den Westmächten kommen läßt, so geschieht dies nur, wenn er sich stark genug fühlt, um mit dem Sieg rechnen zu dürfen und hoffen kann, Europa, einschließlich die britischen Inseln, in seine Hand zu bekommen, denn es war Rußland immer darum zu tun, einen ungehinderten Zutritt zum freien Meer zu bekommen. Solange jedoch die britischen Inseln nicht in seinem Besitz wären, würden sie eine ständige Flankenbedrohung bilden. Moskau benötigt aber auch dringend die Industrie des gesamten europäischen Westens, einschließlich der britischen Inseln, um im Falle eines Sieges diejenige industrielle Produktion zu erreichen, die notwendig ist, um für sein Gesamtgebiet einen erträglichen Lebensstandard zu erzielen. Solange es auf einen Sieg hofft, dürfte Moskau daher kein Interesse daran haben, die industriellen Anlagen Westeuropas zu zerstören. Ebensowenig darf es dessen Verkehrsanlagen völlig vernichten, wenn es beabsichtigt, mit seinen Erdtruppen Westeuropa zu besetzen. Es ist infolgedessen kaum anzunehmen, daß es gegen Ziele in Westeuropa «strategische» Atomwaffen einsetzen wird. Dagegen muß, wie eingangs erwähnt, auch in Westeuropa ohne Zweifel damit gerechnet werden, daß, im Zusammenhang mit den Erdkampfhandlungen, «taktische» Atomwaffen zum Einsatz gelangen. Aber auch hierbei muß Moskau vermeiden, die Verkehrswege und die Industrie nachhaltig zu zerstören, denn im Gegensatz zu allen bisherigen Kriegen befindet es sich im Zeitalter des Luftkrieges in einer völlig veränderten Lage. Napoleon und Hitler mußten von der Mitte Europas aus nach Osten in den russischen Raum vorstoßen, und das Zurückweichen der Russen in diesen weiten östlichen Raum erwies sich in beiden Fällen als eine hervorragende, durch die Natur gegebene Strategie, an der beide Eroberer scheitern mußten, weil sie gezwungen waren, sich zu weit von den Produktionsstätten ihres Kriegsnachschubes zu entfernen. Bei einer Zerstörung der Industrie und der Verkehrswege Westeuropas wäre aber Rußland bei einem Vorstoß nach Westeuropa in ganz ähnlicher Lage. Da die Produktion in der Sowjetzone und in den Satellitenländern nicht ausreicht, um die sowjetischen Truppen mit dem nötigen Kriegsmaterial zu versorgen, muß dieses erst von den zum Teil hinter dem Ural und in Sibirien liegenden Produktionsstätten herangeschafft werden. Es besteht sodann für Rußland die weitere Gefahr, daß sein europäischer Teil westlich des Urals, in dem sich sein dichtestes, aber ungenügendes und daher sehr empfindliches Verkehrsnetz befindet, durch die ersten Schläge mit strategischen Atombomben von seinem östlich des Urals gelegenen Teil abgeschnitten wird. Wenn dies aber durch Zerstörung seines Verkehrsnetzes gelungen ist und die Rüstungszentren westlich des Urals zuvor durch Atombomben entweder völlig ausgeschaltet oder zumindest in ihrer Produktion stark geschwächt worden sind, und wenn möglicherweise Industrie und Verkehrsnetz Westeuropas doch durch die Russen lahmgelegt würden, werden die westlich des Urals stehenden russischen Truppen in kurzer Zeit ohne das nötige Kriegsmaterial dastehen und jeden militärischen Wert verlieren, auch wenn sie vielleicht sogar bis zur Kanalküste vorgedrungen sein sollten.

In einem Krieg zwischen Ostblock und Westmächten wird ohne Zweifel der Einsatz «strategischer» Atomwaffen die Entscheidung bringen, und die Kämpfe üblicher Art werden nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Die gesamte weltstrategische Lage, die bisher schon durch die Entwicklung des Flugzeugs eine wesentliche Veränderung erfahren hat, ist durch das Aufkommen der «strategischen» Atomwaffen grundlegend geändert worden. Diese Erkenntnis hat sich bei den maßgebenden Persönlichkeiten durchgesetzt. Das geht unter anderem daraus hervor, daß Churchill die Räumung der Suezkanalzone mit dieser vollkommen geänderten weltstrategischen Lage begründet hat und nunmehr auch England in seiner zukünftigen Rüstung Atomwaffen in den Vordergrund stellt.

So grotesk es auch klingen mag, dürfte es im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens ein Vorteil sein, daß *beide* Mächte-Konstellationen über diese Waffen

verfügen, denn selbst dann, wenn eine Seite mit einem konzentrischen und überraschenden Atomschlag die Gegenseite angreift, kann sie nicht damit rechnen, den Gegner sofort völlig auszuschalten, sondern sie muß auf einen entsprechenden Gegenschlag gefaßt sein. Je größer nun die Zahl der verfügbaren «strategischen» Atomwaffen wird, um so größer wird nach unserem Dafürhalten auch die Gefahr, daß auf beiden Seiten bis zur endgültigen Entscheidung, trotz Beschränkung der «strategischen» Atomangriffe auf bestimmte Zielgruppen, derart hohe Verluste an Menschenleben und derartig große Zerstörungen an unersetzlichen Gütern eintreten, daß es nach einem solchen Krieg schlußendlich nicht mehr «Sieger» und «Besiegte», sondern nur noch «Überlebende» geben wird. Diese Gefahr wird noch beträchtlich erhöht, wenn neben oder an Stelle von Bombenflugzeugen kontinentale oder globale Fernlenkraketen als Träger der «strategischen» Atomwaffen einsatzbereit sind, weil es bis jetzt gegen solche Raketen noch keine Abwehrmöglichkeit gibt.

Es hat daher durchaus den Anschein, als ob die aufs höchste gesteigerte Atomrüstung tatsächlich das beste Abschreckungsmittel gegen einen zukünftigen Krieg darstellt. Dabei ist es für die Westmächte beruhigend, daß sie im Hinblick auf Konstruktion, vor allem aber im Hinblick auf Zahl und Produktionsmöglichkeiten dem Ostblock überlegen sind, und es muß das erste Bestreben der Westmächte sein, diesen Vorsprung nicht nur zu halten, sondern zu vergrößern. Das größte Vernichtungsmittel, das die Menschheit ersonnen hat, kann dann das wichtigste Mittel zur Erhaltung des Friedens bilden.

Georg W. Feuchter

Internationales Studentenseminar

Bedauerliche Organisationsmängel

Seitdem eine Zusammenarbeit mit der sowjethörigen *International Union of Students* unmöglich geworden ist und man allseits durch den Austritt die Konsequenzen gezogen hat, bestehen formell nur sehr lose Verbindungen zwischen den nationalen Studentenverbänden der freien Welt. In der Hauptsache wurde ein «coordinating secretariat» (COSEC) in Leyden als Informationszentrale geschaffen, während an einer alljährlich veranstalteten *International Student Conference* über gemeinsam durchzuführende Aktionen bestimmt wird. Dazu gehört seit einigen Jahren das regelmäßig im Sommer abgehaltene *Internationale Studentenseminar*. Seiner Idee nach soll es, neben der mit jedem internationalen Treffen erstrebten Förderung der Verständigung zwischen den Angehörigen verschiedener Völker, vor allem dazu dienen, junge Studenten auf die Aufgaben vorzubereiten, die sich ihnen als zukünftigen Mitarbeitern und Leitern studentischer Verbände stellen. Die Heranbildung eines fähigen Nachwuchses für die studentische Exekutive stellt ja — gerade auch in der Schweiz, wo alle Tätigkeit für die Studentenverbände ehrenamtlich geleistet wird — immer ein brennendes Problem dar, denn die Zeit, während welcher ein Student sich für die Arbeit innerhalb des Verbandes zur Verfügung stellen kann, ist begrenzt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß versucht wird, durch eine vorbereitende Schulung dieses Nachwuchses der durch den raschen Wechsel ständig drohenden Gefahr einer Diskontinuität der Entwicklung entgegenzuarbeiten. In der richtigen Erkenntnis, daß eine solche Schulung nicht in erster Linie eine technisch-organisatorische sein soll, sondern daß

die Formung des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Gemeinschaft im Vordergrund zu stehen hat, wird durch die Auswahl geeigneter Themen versucht, dieses Seminar auf eine anspruchsvolle, grundsätzliche Ebene zu stellen.

Die Organisation des Seminars wird jedes Jahr an der oben erwähnten Konferenz einem der vertretenen nationalen Verbände, unter der Assistenz des COSEC, übertragen. Dieses Jahr hatte sich der *Verband der Schweizerischen Studentenschaften* (VSS) zur Übernahme dieser Aufgabe bereit erklärt. Das ihm zur Bearbeitung gestellte allgemeine Thema lautete: *Die Rolle des Studenten in der Gesellschaft.* Es war sicher ein guter Gedanke, dem Seminar einmal in unserem Lande Gaststätte zu bieten und es so in engeren Kontakt mit schweizerischem Denken zu bringen. Leider aber muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß diese Chance gründlich versäumt worden ist. Die in der Bereitschaft zur Organisation des Seminars sich manifestierende initiative Haltung der Leiter des VSS war nicht gepaart von einem äquivalenten Verantwortungsbewußtsein in der Durchführung dieser nicht einfachen Aufgabe.

Seminare, die nicht dem Oberflächlichen verhaftet bleiben, sondern wirklich in die Tiefe der Dinge dringen wollen, bedürfen einer eingehenden Planung und Vorbereitung, die sich nicht auf das rein Organisatorische beschränken darf. Wohl kann dort, wo sich eine Arbeitsgruppe während eines längeren Zeitraumes periodisch versammelt, die Ausarbeitung des genauen Studienplanes den Teilnehmern selbst überlassen werden, die dann, dank den großen Zeitabständen zwischen den einzelnen Zusammenkünften, genügend Zeit haben, sich in die gestellten Probleme einzuarbeiten. Wo aber ein Seminar auf die kurze Zeitspanne von zwei Wochen zusammengedrängt ist, muß diese Aufgabe von den Organisatoren selbst durchgeführt werden. Sie müssen das Generalthema konkretisieren, in die wesentlichen Problemschwerpunkte gliedern. Der detaillierte Arbeitsplan muß den Teilnehmern so rechtzeitig vor Beginn des Seminars zugestellt werden, daß ihnen eine seriöse Vorbereitung möglich ist. Ebenso muß für fähige Referenten und Diskussionsleiter gesorgt werden. Die Erfüllung all dieser Voraussetzungen ist dort um so mehr Bedingung, wo nicht Studenten der gleichen Universität zusammentreffen, die doch gewisse gleiche Voraussetzungen mitbringen, sondern wo es sich um Aussprachen zwischen Menschen sehr verschiedener Geisteshaltung handelt, entsprechend dem verschiedenen geistigen Klima der einzelnen Völker.

Keine dieser selbstverständlich erscheinenden Bedingungen konnte von den Veranstaltern erfüllt werden. Es gelang nicht, Referenten oder Leiter zu finden. Allerdings wurden während des Seminars zwei ausgezeichnete Vorträge gehalten. Prof. Krapf, Bern, gab einen lebendigen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Schweiz, während Joseph Guggenheim, Luzern, über zwei die ausländischen Besucher der Schweiz immer speziell interessierende Probleme sprach: unsere Neutralität und das fehlende Frauenstimmrecht. Diese Referate standen aber außerhalb der eigentlichen Seminararbeit und gehörten zur normalen Aktivität des am gleichen Ort sich befindenden «Alpine Student Centre» des VSS. — Mag bei diesem Mißerfolg die Wahl eines zwar wunderschön, doch sehr abseits gelegenen Tagungsortes mitgespielt haben, so ist die fehlende Vorbereitung eines Arbeitsprogrammes gänzlich unentschuldbar. Eine richtige Propagierung des Seminars wurde dadurch verhindert, so daß anstatt der auf Grund der Ziffern früherer Seminare erwarteten 50—70 Teilnehmer nur knapp 20 nach Samaden kamen, in der Hauptsache «offiziöse» — das Seminar kannte offiziell nur private Teilnehmer — Vertreter der Studentenschaften der verschiedenen Länder. Der VSS selbst dagegen hatte keines seiner Mitglieder entsandt, wie überhaupt der Schreibende der einzige Schweizerteilnehmer war.

Daß das Seminar nicht in ein richtiges Debakel ausartete, ist, neben der Unverdrossenheit und Aufgeschlossenheit aller Teilnehmer, vor allem den Bemühungen der Mitarbeiter des COSEC, Mr. Thompson aus England und Mr. Fromen

aus Schweden, zu danken, die in letzter Stunde einen brauchbaren, wenn auch sehr weit gefaßten Arbeitsplan aufstellten, der vom Seminar in der ersten Sitzung genehmigt wurde, und die darüber hinaus auch um eine bestmögliche Führung des Seminars besorgt waren. Aber das Unmögliche konnten auch sie nicht vollbringen. Die Einführungsreferate mußten von den völlig ungenügend vorbereiteten Teilnehmern selbst gehalten werden. Dabei konnte es dann etwa vorkommen, daß, nachdem ein Referent eine Zusammenfassung eines aktuellen Buches als Diskussionsgrundlage vorgetragen hatte, der erste Diskussionsredner bemerkte, entweder sei das Buch oder dann die Zusammenfassung so schlecht, daß er keine Diskussionsmöglichkeit sehe, worauf sich die Versammlung stillschweigend vertagte. Gewiß gab es anderseits auch richtige Gespräche, etwa über das Problem der Spezialisierung des Studiums oder über den von französischer Seite propagierten Vorschlag der «Studentenentlöhnung». Aber ein tieferes Eindringen in die Materie konnte doch nirgends erreicht werden.

Das Positivum dieses Seminars lag denn auch nicht in der «offiziell» geleisteten Arbeit, sondern in der privaten Kontaktnahme zwischen den einzelnen Teilnehmern. Es herrschte ein ausgezeichnetes Kameradschaftsverhältnis. Die Studenten aus 10 verschiedenen Nationen, darunter auch Vertreter aus der Negerrepublik Liberia, bildeten zusammen eine richtige Familie. Es wurde hitzig und offen, aber freundschaftlich debattiert. Heftig umstrittene Tischtennis- und Schachturniere wurden ausgetragen, und unter der kundigen Führung der französischen Vertreter kam auch der Studentenulk ausgiebig zu seinem Recht. Einige gutgelungene Exkursionen sowie ein kleiner Empfang beim örtlichen Kurverein trugen ebenfalls zur guten Stimmung bei.

Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß das Ansehen der schweizerischen Studentenschaft im Ausland durch die schlechte Organisation dieses doch immerhin einigermaßen «repräsentativen» Seminars gelitten hat. Dies ist bedauerlich, da auf anderen Gebieten vom VSS eine wirklich gute und solide Arbeit geleistet wird. Es ist zu hoffen, daß es neuen Kräften im VSS gelingen möge, diese Scharte auszuwetzen.

Walter Rapold